



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Terrorverdacht

3.2.2022 – Die Landesregierung hat den Innenausschuss über die Festnahme eines 17-jährigen Kerpeners informiert. Ihm werde die „Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat“ vorgeworfen, teilte Innenminister **Herbert Reul** (CDU) auf eine Dringliche Frage aus der SPD-Fraktion mit. Die Bundespolizei habe den Jugendlichen Ende Januar nach Hinweisen des Polizeipräsidiums Köln am Hauptbahnhof Hannover festgenommen. Er habe Textnachrichten verschickt, die auf einen geplanten islamistischen Anschlag in Köln hingedeutet hätten, und „selbstbelastende Angaben“ gemacht. Waffen oder Sprengstoff seien jedoch nicht gefunden worden. Nach Angaben Reuls ist der 17-Jährige bereits mehrfach polizeilich in Erscheinung getreten. Anfang 2020 habe er sich islamistisch radikalisiert. „Die Polizei hatte ihn auf dem Schirm“, sagte der Innenminister. **Sven Wolf** (SPD) fragte nach Kontakten des Jugendlichen zu einer Moschee in Hildesheim, die im Zusammenhang mit dem Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, Anis A., bekannt geworden sei. Innenminister Reul äußerte sich dazu mit Hinweis auf die laufenden Ermittlungen nicht. **Gregor Golland** (CDU) wollte wissen, ob „ausländische Netzwerke“ beteiligt gewesen seien. In der Tat würden bestimmte junge Leute „aus der Ferne“ gezielt angeworben, sagte Reul. Auch in diesem Fall gebe es Hinweise, dass der 17-Jährige systematisch in die Szene hineingezogen worden sei.

Schnelltests an Schulen

9.2.2022 – Der Ausschuss für Schule und Bildung hat über die Zuverlässigkeit der an Schulen verwendeten Corona-Schnelltests diskutiert. In einer Dringlichen Frage äußerte **Jochen**

Ott (SPD) die Befürchtung, die genutzten Fabrikate seien weniger wirksam als die Vorgänger-Tests einer anderen Firma. Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) versicherte, sie böten hundertprozentige Sensitivität bei sehr hoher Viruslast, und verwies auf eine entsprechende Zulassung durch das Paul-Ehrlich-Institut. Das bedeute: Wer ansteckend sei, werde mit diesem Test erkannt. Wer zwar infiziert, aber wegen geringer Viruslast (noch) nicht ansteckend sei, falle im Schnelltest nicht auf. Für die letzteren Fälle seien die PCR-Pooltests da: Sie reagierten auch auf Proben von infizierten, aber noch nicht ansteckenden Kindern und Jugendlichen. Ob diese auch ansteckend seien, müsse mit dem nachfolgenden Antigen-Schnelltest täglich geprüft werden, bis der betroffene Pool wieder negativ getestet sei. **Sigrid Beer** (Grüne) zeigte sich besorgt darüber, dass infizierte Kinder weiterhin zur Schule gingen, obwohl die Schnelltests erst nach vier bis sechs Tagen anschlügen.

Covid-19-Pandemie

9.2.2022 – Das Parlamentarische Begleitgremium Covid-19-Pandemie hat im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales seinen Bericht (Vorlage 17/6402) über die Arbeit im Jahr 2021 vorgestellt. Die themenübergreifende Betrachtung der Pandemie stelle einen „wichtigen Mehrwert für das parlamentarische Handeln und die Bearbeitung der sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen dar“, heißt es im Bericht. Aus der bisherigen Arbeit des Gremiums könnten generalisierte Schlussfolgerungen für vergleichbare Krisen oder pandemische Situationen gezogen werden. Da die Corona-Pandemie den Landtag vermutlich über die 17. Wahlperiode hinaus begleiten werde, sei eine Wiedereinsetzung des Gremiums nach der Landtagswahl am

15. Mai 2022 zu empfehlen. Der Bericht wurde zudem am 17.2.2022 im Plenum debattiert. Das Begleitgremium Covid-19-Pandemie ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und wurde im März 2021 durch den Landtag eingesetzt.

Einzelunterricht am Bildschirm

9.2.2022 – Schülerinnen und Schüler, die körperlich oder seelisch so stark beeinträchtigt sind, dass sie keinem regulär strukturierten Unterricht folgen können, waren Thema im Ausschuss für Schule und Bildung. Eine Hausbesuchung für solche Kinder, etwa mit vertauschtem Tag- und Nacht-Rhythmus, könnten die Schulen nicht leisten, sagte **Sigrid Beer** (Grüne). Die private Bochumer „Web-Individualschule“ gilt als deutschlandweit einzige Schule, die solche Kinder aus ganz Deutschland per Online-Einzelunterricht zum Haupt-, Real- oder Förderschulabschluss führt. Anerkannte Abschlüsse erlangen sie dadurch, dass die Bezirksregierung Arnsberg die sogenannte Externenprüfung abnimmt (Vorlage 17/6146). Dies soll in diesem Schuljahr erneut, jedoch nicht auf Dauer möglich sein, kündigte Schulministerin **Yvonne Gebauer** (FDP) an. Vielmehr sei ein staatliches Angebot in Planung. Denn eine Bezirksregierung könne nicht allein „Externenprüfungen“ für Kinder aus ganz Deutschland stemmen. Zu überlegen wäre, warf **Jochen Ott** (SPD) ein, ob man den anderen Bundesländern den in NRW entstandenen Aufwand in Rechnung stellen könne. Einige waren sich die Ausschussmitglieder darin, dass es grundsätzlich ein staatliches Angebot für betroffene Kinder und Jugendliche geben solle. Es dürfe keine Schule für Besserverdienende sein, sagte **Franziska Müller-Rech** (FDP).